



Der oberösterreichische Landtag im Landhaus in Linz



Foto: Weibhold

Oberösterreich ist ein wirtschaftsstarkes Land – aber es gibt auch viel zu tun, wie die jüngsten Entwicklungen am Standort Steyr zeigen.

Symbolbild: Weibhold

# Der Proporz – ein politisches Auslaufmodell

## #01 Keine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition in Oberösterreich

VON ALEXANDER ZENS

LINZ. Es gibt ihn nur noch in Oberösterreich und Niederösterreich – den Proporz. Ab einer gewissen Stärke ist jede Landtagsfraktion in der Landesregierung vertreten. In Oberösterreich braucht es rund neun Prozent dafür. Das führt aktuell dazu, dass alle vier Parteien – ÖVP, FPÖ, SPÖ, Grüne – mindestens einen Landesrat stellen.

Als „Auslaufmodell“ bezeichnet Werner Zögernitz den Proporz: „Er ist nicht mehr zeitgemäß.“ Zögernitz ist Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen und war 20 Jahre Klubdirektor der ÖVP im Nationalrat. Es fehle im Proporzsystem die klare Trennung zwi-

schen der Regierung, die die Gesetze macht, und der Opposition, die kontrolliert, so Zögernitz. Er würde Oberösterreich empfehlen, darüber nachzudenken, ob man wirklich daran festhalten wolle.

### Garantie für Posten und Einfluss

Proporz bedeutet, dass die meisten Parteien keine Angst haben müssen, nicht in der Regierung vertreten zu sein, was bei einer freien Koalitionsbildung nicht der Fall ist. Das System garantiert also Posten und Einfluss – in Oberösterreich für sechs Jahre. In keinem anderen Bundesland ist die Legislaturperiode so lang.

ÖVP und FPÖ bildeten 2015 mit ihrem Arbeitsübereinkommen eine De-facto-Koalition, aber einen



„Der Proporz ist nicht mehr zeitgemäß. Ich würde Oberösterreich empfehlen, darüber nachzudenken, ob man wirklich daran festhalten will.“

Werner Zögernitz, Parlamentarismus-Experte und Ex-Klubdirektor der ÖVP im Nationalrat

der größten Budgetposten verantwortet mit den Sozialagenden die SPÖ, die De-facto-Opposition ist. Das alles trägt nicht unbedingt zur Harmonie in der Regierungsarbeit bei, wie beispielsweise in der Coronakrise zu sehen war.

Kärnten hat 2017/18 als bisher letztes Bundesland den Proporz abgeschafft. Man habe die „klare Unterscheidbarkeit zwischen Regierung und Opposition“ erreicht, sagt Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SP), der eine rot-schwarze Koalition anführt. FPÖ und Team Kärnten sind im Landtag in der Opposition.

### Minderheitenrechte ausbauen

Kaiser: „Zwänge auf beiden Seiten wurden beseitigt – jene der Mehrheitsparteien, die Opposition mit Referaten ausstatten zu müssen, und jene der Opposition, ihr zugewiesene Regierungsämter bekleiden zu müssen.“ Gleichzeitig sei das politische System nicht gekippt, wie es manche befürchtet hätten, es herrsche nach wie vor ein „breites Klima des Konsens“. Mit der Reform sei auch in der Landesverwaltung „synchronisiert“ worden – pro Regierungsmitglied gebe es eine klare Abteilungszuständigkeit.

Wo gibt es Nachbesserungsbedarf? „Nachgeschärfte wird aktuell beim Ausbau der Oppositions-

rechte, konkret was die Einsicht in Regierungssitzungsakte und das Fragerecht an den Landtagspräsidenten betrifft“, sagt Kaiser. Schon umgesetzt seien stärkere Minderheitenrechte im Landtag etwa bei Dringlichkeitsanfragen und Rederechten.

### Nur die Grünen für Abschaffung

In Oberösterreich sind im Landtag nur die Grünen für die Abschaffung des Proporz (außerhalb des Landtags sind es auch die Neos). Das System „mag in früheren Zeiten seine Berechtigung gehabt haben, ist aber längst überholt. Wir brauchen ein modernes Regierungssystem“, sagt der Grünen-Klubchef Severin Mayr. Mit „früheren Zeiten“ spricht er die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg an, in der der Proporz ein gedeihliches Zusammenwirken garantieren sollte.

Bisher scheiterten grüne Avancen zur Abschaffung des Proporz an den anderen Parteien. Die SPÖ verlangt, dass zuvor Minderheiten- und Kontrollrechte im Land ausgebaut werden (was auch



„Zwänge auf beiden Seiten wurden beseitigt. Gleichzeitig ist das politische System nicht gekippt. Nachgeschärfte wird aktuell beim Ausbau der Oppositionsrechte.“

Peter Kaiser, Landeshauptmann von Kärnten (SP)

die Grünen wollen), dann könne man darüber diskutieren. FPÖ und ÖVP betonen das Gemeinsame am Proporz. Erstere ist vorbehaltlos dafür, Letztere verweist darauf, dass sich die Frage der Abschaffung mangels notwendiger Zwei-

drittelmehrheit nicht stelle. Die Grünen sind für einen Demokratie-Konvent, wofür auch schon der Linzer SP-Bürgermeister Klaus Luger eintrat.

### „Vergiftetes Klima“

Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) verteidigt den Proporz: „Das Miteinander bewährt sich – auch in Zeiten einer Krise.“ 97 Prozent der Regierungsbeschlüsse und zwei von drei Gesetzen seien einstimmig umgesetzt worden. Es gehe auch um politisches Klima. „Jeder, der momentan in den Bund und das dortige vergiftete Klima schaut, sieht den Wert einer Gemeinschaftsregierung“, so Stelzer.

Sieben Länder haben keinen klassischen Proporz. Wien ist ein Sonderfall, größeren Parteien steht ein nicht amtsführender Stadtrat zu, was ebenso kritisch beäugt wird.

Die Legislaturperiode in Oberösterreich zu verkürzen, fordern auch viele, die die Demokratie beleben wollen. Zögernitz kann mit sechs Jahren grundsätzlich leben, weil sowohl Landtag als auch Gemeinderäte gewählt werden.